

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Fesseln lösen – Ein freies und unabhängiges bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken

Unsere Vision eines blühenden bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts

Für uns Freien Demokraten sind die Teilhabe an der Gesellschaft, deren Mitgestaltung und ihr Zusammenhalt Grundwerte. Sie gehören zu einer selbstbestimmten und freien Zivilgesellschaft und sind entscheidend für unsere Lebensqualität. Eine solche Zivilgesellschaft ist von großer Bedeutung für die heutigen und zukünftigen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, wie die Folgen des demographischen Wandels, der Spaltung zwischen urbanen und ländlichen Räumen und der Klimaveränderungen. Millionen von Menschen engagieren sich in unserem Land in Vereinen, Verbänden, Institutionen und Initiativen des Gemeinwesens oder auch individuell. Dieses bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt ist so vielfältig, wie die Themen, die unsere Gesellschaft prägen: von Sport, Soziales und Kultur bis hin zu Umwelt, Gesundheit und Sicherheit und vieles mehr.

Das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt ist ein stabilisierender Faktor unserer Gesellschaft. Besonders in Krisenzeiten, wie beispielsweise bei den katastrophalen Überschwemmungen der Elbe im August 2002, während der Migrationswelle 2015/2016, aber auch beim Klima- und Umweltschutz, für den sich viele junge Menschen nachhaltig engagieren, zeichnet sich der Einsatz der ehrenamtlich Engagierten durch eine beispiellose Weltoffenheit und Einsatzbereitschaft aus, die unsere uneingeschränkte Anerkennung verdient. Bestätigt wird dies noch deutlicher bei der aktuellen Covid-19-Pandemie. Auch jetzt ist das Engagement der Zivilgesellschaft unentbehrlich und ein wichtiges Netz, da Ehrenamtliche im Vergleich zu den staatlichen Institutionen näher und schneller am Ort des Geschehens sind. Das spiegelt sich in zahlreichen Beispielen wider: Von der Nachbarschaftshilfe, den Kirchen, den Stiftungen, den Rettungs- und Gesundheitsdiensten, den Hilfsorganisationen, den Freiwilligen Feuerwehren, der Wohlfahrtspflege und den Kultureinrichtungen bis hin zur Unterstützung von älteren Mitmenschen beim Großeinkauf.

Und obwohl die Wichtigkeit des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamtes von allen Seiten betont wird, wurde dessen Potenzial bislang von

der Bundesregierung, wie z.B. bei der Durchführung der Impfstrategie, im Rahmen der Pandemiebekämpfung nicht richtig eingesetzt.

Eine gewaltige Anzahl von Menschen ist in Deutschland ehrenamtlich tätig, beispielsweise in Kitas, Schulen und Vereinen, aber auch viele Menschen und Familien benötigen Hilfe von Ehrenämtern, wie beispielsweise bei der Altenbetreuung, der Unterstützung bei Hilfeleistungen oder bei der Nachbarschaftshilfe. Oftmals entsteht dadurch eine Kette von ehrenamtlichen Tätigkeiten, die den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft verdeutlichen. Während die Freiwillige Feuerwehr einen Brand bekämpft, trainiert ein Trainer die Kinder eines freiwilligen Feuerwehrmannes und die ehrenamtlich engagierten Pfleger kümmern sich um die Verpflegung der Eltern des Trainers. Deshalb ist für uns Freie Demokraten die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt für das Erreichen eines selbstbestimmten Lebens in einer freien Zivilgesellschaft unerlässlich.

Die fünf Säulen liberaler Ehrenamts politik verdeutlichen die Schwerpunkte, um deutschlandweit ein freies und selbstbestimmtes bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen. Diese Maßnahmen können entscheidend auf Bundesebene getroffen werden, da die weit überwiegende Mehrheit der als belastend wahrgenommenen Regelungen auf Bundesrecht oder europäischer Rechtsgrundlage beruhen.

2021 muss das Jahr werden, in dem wir es endlich schaffen, dem bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt eine Entlastung zuzubilligen, die wirklich nennenswert ist, und mit der wir das Ehrenamt endlich effektiv unterstützen können. Menschen, die Verantwortung für andere übernehmen, gehören zu den Helden unseres Alltags und tragen mit ihrem Engagement zur Gestaltung einer besseren und erfolgsversprechenden Zukunft für alle bei.

Unser Verständnis: Ein freies, unabhängiges Ehrenamt

Wir wollen der Zivilgesellschaft die Freiheit zurückgeben sich so zu organisieren, wie sie es sich vorstellt und verdient: Das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt darf nicht nur verlängerter Arm der staatlichen Förderlandschaft sein, genauso wenig darf es zu einer gewinnorientierten Gemeinschaft werden. Die unabhängige und lebendige Zivilgesellschaft darf nicht am Tropf der Regierung hängen, aber auch nicht ihren ehrenamtlichen Charakter verlieren.

Es ist notwendig, einer der wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft, das Ehrenamt, entschlossen zu stärken, damit wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich bewältigen, krisenfeste Strukturen bilden und den Zusammenhalt sowie die Lebensqualität in unsere Gemeinschaft erhalten. Die bereits jetzt vorhandenen Belastungen schränken die Zivilgesellschaft immer mehr ein und verhindern die Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamtes. Deswegen ist jetzt dringend ein Paradigmenwechsel erforderlich.

Dieses Positionspapier stellt konkrete liberale Konzepte vor, die zur vollen Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts in Deutschland beitragen sollen. Die fünf Säulen zeigen auf welchen Grundsätzen unsere Ehrenamtspolitik fußt.

Die fünf Säulen unserer Ehrenamtspolitik

Mit diesen fünf Säulen machen wir deutlich, dass eine moderne liberale Ehrenamtspolitik mehr umfasst als lediglich die Fokussierung auf finanzielle Förderungen durch Geldleistungen und steuerliche Vergünstigungen, wie sie derzeit noch in Deutschland vorherrscht. Vielmehr gilt es auf unterschiedlichen und vielschichtigen Maßnahmen zu bauen, um der tragenden Rolle der ehrenamtlich Engagierten in unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Eine moderne Ehrenamtspolitik ist genauso stark auf die finanzielle Stabilität von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auf eine erstklassige Infrastruktur für diese ausgerichtet. Daher beinhalten die fünf Säulen unserer Ehrenamtspolitik verschiedene und weitere politische Themenbereiche betreffenden Maßnahmen und Forderungen, die in ihrer Summe eine zukunftsweisende und erfolgreiche Ehrenamtspolitik begründen.

1. Säule: Freiheit und Freibeträge für kleine zivilgesellschaftliche Organisationen schaffen

Wenn der DRK-Vorsitzende eines kleinen Ortsverbandes einen 160-seitigen Ratgeber für Steuern berücksichtigen muss oder die Freiwillige Feuerwehr nicht mal unkompliziert die Steuer für eine während einer gemeinwohlorientierten Veranstaltung verkauften Bratwurst abführen kann, dann wird das Steuerrecht zurecht als ein Hindernis empfunden. Viele ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierte sind mit den komplexen und für juristische Laien schwer zu durchblickenden Anforderungen des Steuerrechts überlastet.

Deshalb fordern wir:

- Die Einführung eines abgestuften Sanktionensystems bzw. die Flexibilisierung des Sanktionenkatalogs. Die Finanzverwaltung ist dazu verpflichtet, unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips jeden Verstoß gegen gemeinnützigkeitsrechtliche Vorschriften zwingend mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit zu bestrafen. Dabei könnte ein abgestuftes Sanktionsverfahren zur Dämpfung der Existenznot gemeinnütziger Organisationen beitragen, in dem die Finanzverwaltung nicht jeden Verstoß gegen gemeinnützigkeitsrechtliche Vorschriften zwingend mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit bestrafen würde;
- Den Katalog des § 52 AO um zeitgemäße Zwecke zu erweitern, die die Allgemeinheit fördern und das zivilgesellschaftliche Engagement der heutigen Zeit abbilden;
- Projektbezogene Rücklagenbildung für langfristige Projekte von zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglichen.

2. Säule: Bürokratische Hürden für das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt abbauen

Um dem bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt größtmögliche Freiheit zu geben, ist es erforderlich die überbordende Bürokratisierung zurückzudrängen. Die zielorientierte Unterstützung und Koordination der hauptamtlich Beschäftigten sind in diesem Zusammenhang wichtig. Sinn und Zweck der Arbeit des Hauptamtes darf nicht das Abfangen überbordender Bürokratie sein, die die Politik zu verantworten hat. Bürokratie stellt eine enorme zeitliche Hürde dar und verhindert somit die effektive Verfolgung der eigentlichen Ziele. Dies schreckt unter anderem den Nachwuchs der zivilgesellschaftlichen Organisationen ab, so dass Vereine und ähnliche Organisationen es immer schwerer haben Nachfolger für ihre Gremien zu gewinnen. Die starke Zunahme an Regulierungsanforderungen und deren Komplexität insbesondere im Bereich der DSGVO, der Arbeitszeitdokumentationspflichten, im Steuerrecht und im Gemeinnützigkeitsrecht sind mit einem Zeit- und Kostenaufwand sowie mit einer großen Unsicherheit verbunden. Dabei ist zu beachten, dass für Vereine und Stiftungen teilweise die gleichen Regelungen wie für gewinnorientierte Unternehmen gelten, ohne dass sie die entsprechenden Instrumente für die Umsetzung der Vorschriften haben.

Deshalb fordern wir:

- Die Schaffung von klaren, praktikablen und lebensnahen gesetzlichen Regelungen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen;
- Die Abgrenzung zu Großvereinen und hauptamtlich geführten Vereinen. Wir fordern die Freistellung für Vereine von den DSGVO-Auflagen bei Erfüllung der folgenden, belegbaren Kriterien: 1. weniger als 300 Mitglieder, 2. weniger als 2 hauptamtliche Kräfte, 3. wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb im steuerlich nicht relevanten Rahmen;
- Regelungsvorhaben der Bundesregierung, vor allem Gesetzentwürfe, anhand einer standardisierten Methodik auf mögliche Auswirkungen auf die Strukturen und die Arbeit ehrenamtlicher Organisationen zu überprüfen (siehe Engagement- und Ehrenamts-Check: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/166/1916654.pdf>);
- Lebensnahe, bundeseinheitliche und einfache Praxis- und Arbeitshilfen sowie Richtlinien zum Umgang mit der DSGVO ausgestellt durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt;
- Unnötige Bürokratie gar nicht erst entstehen lassen. Möglichst wenige Schriftformerfordernisse, dafür digitale Verwaltungsverfahren.

3. Säule: Chancen und Vorteile der Digitalisierung für das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt nutzen

Der digitale Wandel verändert unser Leben in allen Bereichen.

Das Potenzial von digitalen Lösungen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts wird durch die Bundesregierung fast kaum unterstützt. Ein Beispiel hierfür ist das Fehlen einer Anwendungssoftware (sog. App) für die erleichternde Steuerabführung für zivilgesellschaftliche Organisationen. Hier fehlen ganz klar digitale Lösungen. Die Digitalisierung schafft eine neue Form der demokratischen Beteiligung, weil Mitwirkung digital einfacher zu organisieren ist. Für die rund 616.000 zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie für die Ehrenamtlichen selbst könnte dies mit vielen Vorteilen verbunden sein. Das spiegelt sich in zahlreichen Beispielen wider: Von der Gewinnung neuer Mitglieder über soziale Netzwerke, der online Gestaltung der Verwaltungsabläufe, der zahlreichen digitalen Nachbarschaftsplattformen bis hin zur Benutzung von sog. Ehrenamts-Apps für eine bessere Vernetzung. Besonders digitale Plattformen stellen heutzutage für junge, engagierte und digital affine Zielgruppen eine wichtige Anlaufstelle dar.

Allerdings profitieren Engagierte von diesen Vorteilen nur dann, wenn sie diese Möglichkeiten auch in Anspruch nehmen können. Besonders Bewohnerinnen und Bewohner von ländlichen Regionen sowie ältere Menschen werden immer noch von den Vorteilen des digitalen Wandels wegen des schleppenden Netzausbaus in Deutschland ausgeschlossen.

Deshalb fordern wir:

- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, damit bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt vor dem Hintergrund der Digitalisierung problemlos und für alle Menschen ungeachtet ihrer sozioökonomischen Lage und ihres Wohnortes möglich sind;
- Durch ein zukunftsfähiges Bildungssystem sicherstellen, dass Menschen aller Altersklassen die notwendigen digitalen Kompetenzen erlernen können. Dazu entwickeln wir eine digitale Bildungsarena für einen einfachen Zugang zu Bildungs- und Beratungsangeboten, ein transparentes Zertifizierungssystem für bessere Vergleichbarkeit erreichter Qualifikationen und ein digitales Freiraumkonto & Midlife-BAföG (einkommensabhängig) zur Finanzierung;
- Der Freiwilligen Feuerwehr und den freiwilligen Rettungsleitstellen, die auf ein schnelles Internet angewiesen sind, ein Anrecht auf ein eigenes 5G Netz durch die Kommunen oder den Städten zu ermöglichen.
- Förderungen zur Organisationsentwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen vor dem Hintergrund der digitalen Transformation einleiten;
- Freies WLAN für zivilgesellschaftliche Organisationen, wie z.B. in Sporthallen.

4. Säule: Haftungsrisiken für ehrenamtlich Engagierte minimieren

Unter den Beteiligten im bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt ist eins klar: Die Herausforderung der Haftung stellt eine gewaltige Ehrenamtsbremse dar. Von Jahr zu Jahr nimmt die Komplexität der rechtlichen Regelungen, die

eine Relevanz für das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement haben, stetig zu, sodass sie für Laien kaum mehr verständlich sind. Daneben mangelt es an Personal und an einfachen Arbeitshilfen zu unterschiedlichen Gesetzen, die für eine verständliche Auslegung für Laien sorgen sollen. Die Engagierten beklagen, es herrsche wegen der Komplexität der Umsetzung aller Regulierungen sowie der damit verbundenen Sanktionen im Falle einer Missachtung große Unsicherheit. Die Nachwuchsgewinnung für Führungspositionen wird im bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt erschwert, da gerade auf junge Menschen viel Bürokratie und hohe Auflagen abschreckend wirken.

Deshalb fordern wir:

- Eine anwenderfreundliche Gesetzgebung und klare, leicht verständliche und rechtssichere Handlungsanweisungen (z.B. Mustervorlagen/ Mustervorgänge und Arbeitshilfen zu Gesetzen);
- Handlungsanweisungen für die Organ- und Vereinsmitglieder hinsichtlich der unterschiedlichen bereits bestehenden Versicherungslösungen für Haftungsfälle bei der Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit (z.B. Fehlentscheidungen, Fehleinschätzungen, Verletzung der Aufsichtspflicht etc.);
- Junge, nicht etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen, die einer strukturellen Unterstützung bedürfen, sollen zur Abdeckung ihrer Versicherungsbeiträge staatliche Zuschüsse erhalten.

5. Säule: Wertschätzung, Anerkennung und Respekt durch das Anerkennungsportal

Immer noch wird der Einsatz der Engagierten in Deutschland – außerhalb von Sonntagsreden – nicht ausreichend gewürdigt und anerkannt. Um das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt in seiner Gesamtheit mit mehr Respekt und Anerkennung zu begegnen,

Deshalb fordern wir:

- Ein „Anerkennungsportal“, das die ehrenamtliche Tätigkeit belohnt. Ehrenamtliche sollen damit einen Teil von dem zurückerhalten, was sie für die Gesellschaft geleistet haben.
- Ein "Anerkennungsportal", dass die ehrenamtlich geleisteten Tätigkeiten erfasst und in einem Guthaben für Bildungs-, Sozial-, Freizeit- und Gesundheitsangebote umwandelt. Damit soll für Ehrenamtliche vergünstigte oder kostenlose Bildungs-, Sozial-, Freizeit- und Gesundheitsangebote bereitgestellt werden. Dieses Guthaben soll im Gegensatz zur jetzigen Situation auch noch abgerufen werden können, nachdem die ehrenamtlichen Tätigkeiten beendet wurden. Zum Beispiel könnte ein Jugendlicher, der sich jahrelang ehrenamtlich engagiert hat, damit im Studium seine Bafög-Bezugsdauer verlängern.

Die zeitliche Entfristung ist deshalb wichtig, weil viele Ehrenamtliche während ihres Engagements es zeitlich kaum schaffen, die Vergünstigungen oder kostenlosen kommunalen Leistungen über eine Ehrenamtskarte in Anspruch zu nehmen. Wichtig ist für uns, dass Ehrenamt immer Ehrenamt bleibt und auf Freiwilligkeit fußt, aber es muss auch gewertschätzt werden.

Ansprechpartner:

Grigorios Aggelidis, familienpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

Telefon: 030 227 - 71026 – E-Mail: grigorios.aggelidis@bundestag.de